

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Mr. 256

Donnerstag, den 1. November 1923

51. Jahrgang.

Ueber Verhandlungen der Reparationskommission.

und die verschiedenartige Auslegung der Vertragsklauseln in Abschnitt 8 des Friedensvertrages von Versailles schreibt, nach einer Wollfsmeldung, das „Echo de Paris“: Da ein Protest durch ein Mitglied der Reparationskommission gegen die Mitteilung des französischen Außenministeriums vorgebracht worden ist, in dem die französische Regierung ihre Ansicht über die Grenze ausgesprochen hat, über die die Machtbefugnisse und Kompetenz des geplanten internationalen Finanzkomitees nicht hinausgehen dürfte, sei klar, daß es der französischen Regierung zuzustehen, die Interpretation des Vertrages vorzunehmen, die sie für gut halte, ohne daß ihr daraus der Vorwurf gemacht werden könne, sie beschränke die Prärogative der Reparationskommission. Jedermann weiß, daß etwas deraartiges nicht seitens der französischen Regierung drohe. Nach gewissen Nachrichten soll Sir John Bradburn erklärt haben, wenn nicht ein Einverständnis unter den Alliierten hinsichtlich der Zusammenfassung des Finanzkomitees erzielt werden könne, werde er, wenn der deutsche Vorschlag über die Währung der deutschen Zahlungsfähigkeit zur Behandlung komme, nicht zögern, die Frage der Legalität der Ruhrbesetzung aufzuwerfen. Es sei klar, daß nach Ansicht der französischen Regierung die Diskussion der deutschen Note zu einer derartigen Debatte nicht führen könne. Nach dem „Petit Parisien“ gibt es innerhalb der Reparationskommission über die Zusammenfassung des geplanten Finanzkomitees zwei Meinungen. Nach der einen sollen die Sachverständigen nur aus den Ländern gewählt werden, die in der Reparationskommission vertreten sind, nach der anderen wird man auf Persönlichkeiten aus der Finanzwelt wählen, die den ehemaligen neutralen Ländern angehören. Diesen letzten Standpunkt würde, so sagt das halbamtliche Blatt, den Sachverständigenausschuß der Reparationskommission einer allgemeinen Konferenz näher bringen, wie sie in erster Linie Lord Curzon vorge schlagen habe.

Neue französische Verhandlungen mit den deutschen Großindustriellen.

(W) Sabas teilt folgende Note des Düssel-dorfer französischen Pressedienstes der Besatzungsbehörde mit: Vertreter des Vereins bergbaulicher Interessen, u. a. die Herren Stinnes, Klotzner, Wöglar seien von neuem bei der Ingenieurkommission erschienen, um die am 2. Oktober begonnene Verhandlung über die Wiederaufnahme der Arbeit fortzusetzen. Im Laufe der Sitzung, die von 10 Uhr vor-mittags bis gegen 10 Uhr abends dauerte, seien die Tatsachen und Modalitäten der zu treffenden Abmachungen geprüft und festgestellt worden, darunter namentlich die Lieferung der Reparationskohlen und die Entrichtung der Kohlensteuer für die Zeit seit 1. Januar, wie auch für die kommenden Monate, die Behandlung der Ausfuhr und des Verandes nach dem unbesetzten Deutschland. Der Meinungsaustausch über diese verschiedenen Punkte gestaltet es, mit der Möglichkeit einer befriedigenden Regelung in naher Zukunft zu rechnen. Die Verhandlungen werden vormittags fortgesetzt.

Forderungen der Sozialdemokratie.

(W) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sagte gestern Abend folgenden Beschluß: Die Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Machthaber als offenen Verfassungsverstoß und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die erforderlichen Schritte gegen Bayern.
3. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswache ist nur auf Aufforderung des Inhabers der Zollgewalt hinzuzuziehen. Neuerdings in die Reichswache eingestellte Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Außerdem beschloß der Fraktionsvorstand, bei der Verprechung mit der Reichsregierung die wertbeständige Währung und Maßnahmen gegen den vom Landbund propagierten und von den Landwirten geübten Preissturz zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.

Mehrere Blätter zufolge werden die soz. Führer heute vormittags dem Reichs-

kanzler die Bedingungen unterbreiten, unter denen die soz. Reichsminister im Kabinett verbleiben können. Um 1 Uhr wird die Fraktion wieder zusammentreten, um die Antwort des Reichskanzlers entgegenzunehmen und ihre Entscheidung zu fassen.

Die Arbeit des Reichskommissars in Sachsen beendet.

Der Reichskommissar für Sachsen Dr. Heinze ist gestern in Berlin eingetroffen und hat dem Reichskanzler über die Vorgänge in Sachsen Bericht erstattet. Es dürfte zu erwarten sein, daß Dr. Heinze nicht mehr auf seinen Posten als Reichskommissar nach Dresden zurückkehrt, sondern dem neuen Ministerpräsidenten mitteilen wird, daß er seine Arbeit nach der Bildung des neuen Kabinetts für beendet betrachtet.

Der sächsische Ministerpräsident Felsch erklärte einem Berichterstatter der „Sächsischen Zeitung“, daß es die erste Aufgabe der neuen sächsischen Regierung sein werde, die Abberufung des Reichskommissars zu erreichen. Er habe dem Reichskanzler telegraphisch von der Bildung der neuen Regierung Kenntnis gegeben und gebeten, die Abberufung Dr. Heines sofort zu veranlassen.

Wie die Blätter aus Dresden melden, verlassen die sächsischen Sozialdemokraten, in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften einen Aufruf an die streikenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, in dem der Streik für beendet erklärt wird, da die Ursache des Proteststreiks durch die Neubildung der Regierung fortgefallen. Die soz. Partei und die Gewerkschaften, einschließlich der Kommunisten fordern die Wiederaufnahme der Arbeit.

Kampfvorbereitungen an der bayrisch-thüringischen Grenze?

Der „Vorwärts“ meldet aus Sonneberg Einzelheiten zu dem umlaufenden Gerücht über Kampfvorbereitungen illegaler Organisationen auf bayerischem Boden, unweit der thüringischen Grenze. Laut Tagesblatt sind diese Gerüchte in Berliner parlamentarischen Kreisen Gegenstand lebhafter Erörterungen. Nach einer Meldung des B. A. werden die Gerüchte über einen Aufmarsch militärischer Verbände an der bayrisch-thüringischen Grenze an Berliner zuständigen Stellen für übertrieben erachtet. Um eine Verhütung zu schaffen, ist jedoch eine Untersuchung angeordnet worden.

Der Abbauplan des Reichskohlenkommissars.

(W) Der Reichswirtschaftsminister hat nach Anhörung der Länder einen Abbauplan des Reichskohlenkommissars genehmigt. Danach fällt die Meldebarte, die allmonatlich von den industriellen Verbrauchern an den Reichskohlenkommissar, die amtlichen Verteilungsstellen, die Kohlenwirtschaftsstellen von den Lieferanten einzureichen war, mit Ablauf des Jahres fort. Die Meldungen für November sind jedoch noch zu erstatten. Für Dezember ist die Meldebarte nur noch in einfacher Ausfertigung an die zuständigen Kohlenwirtschaftsstellen oder die Vandeskohlenstellen einzusenden. Neue Reichsausbrandbesuchscheine werden nicht mehr ausgegeben. Die Fürsorge für jede Verbraucher-einheit (industrielle Werke, Hausbrandverorgungsbezirke usw.) fallen künftig fort. Der Reichskohlenkommissar wird sich künftig im wesentlichen darauf beschränken, durch Einwirkung auf Produktion und Handel die Kohlenverteilung im allgemeinen Interesse zu beeinflussen und in dringenden Fällen Mängel zu veranlassen. Es fallen fort Gebührentabelle des Verbrauchers an den Lieferant und die Bindung der Kohlenreviere und des Handels an bestimmte Absatzgebiete, bestimmte Verbraucher und gelieferte Abnahmemengen. Wesentlich werden die amtlichen Kohlenstellen und der weit-aus größte Teil der Organisationen des Reichskohlenkommissars selbst. Die Beamtenschaft des Reichskohlenkommissars wird künftig nur ein Sechstel der bisherigen betragen. Im weiteren wird der Reichskohlenkommissar noch regeln die Ein- und Ausfuhr von Brandstoffen, die Fürsorge für die Kohlenverföhrung der Eisenbahnen, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und sonstiger Werke von besonderem öffentlichen Interesse. Um erforderlichenfalls wieder regeln eingreifen zu können, obliegt ihm auch weiterhin eine allgemeine Beobachtung der Hausbrandversorgung. Der Abbauplan der Kohlenwirtschaftsstellen und Vandeskohlenstellen, die eine Einrichtung der Länder darstellen und die von den kommunalen Verwaltungen eingesetzt wurden, und Reichskohlenstellen ist Aufgabe der Länder und der kommunalen Verwaltungen.

Starke Verminderung der Personenzüge.

(W) Die Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage und die Pflicht zu äußerster Spar-samkeit zwingen die Reichsbahn, alsbald einschneidende Einschränkungen im Personenzug-verkehr vorzunehmen. Die vom Reichsverkehrs-minister bereits angeordneten Maßnahmen werden nach einem bereits festgestellten Plan, der auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse abgestimmt wurde, von Montag, den 12. November, ab durchgeführt werden. Etwa ein Fünftel der Züge des Fahrplans vom 1. Oktober fallen dann fort. An diese vorläufige Einschränkungsmäßnahme werden sich sofort die Vorarbeiten für den organi-satorischen Ausbau eines neuen, auf schmalere Grundlage aufzubauenden Fahrplans anschließen, der weiterhin Einschränkungen bringen wird. Daneben werden die Fahrpläne der einzelnen Strecken, unter tunlichster Schonung der allgemeinen Verkehrsinteressen nacheinander so schnell wie möglich durchgearbeitet werden, um weitere Einsparnisse zu erzielen. Die Reichsbahn-direktionen werden dabei, sobald dies angeeignet erscheint, mit den Verkehrsstreifen in Verbindung treten. Der neue Fahrplan wird dann schrittweise durchgeführt. Die Änderungen sollen allmonatlich in Kraft treten, damit der Neuaufbau der Fahrpläne binnen wenigen Monaten beendet ist.

Separatisten-Wahn.

Nach einer Meldung aus Mainz hat sich dorten mit einer bombastischen Proklamation an alle Nationen der Welt gewandt, ihnen seinen Grüßworte (1) Gruß gesandt, um von der Errichtung der rheinischen Republik Kenntnis zu geben.

Die einmütige Haltung der Bevölkerung des besetzten Gebietes, die treu zum Reiche steht, und die sich mit verzweifelter Energie gegen die Mächte des Dorns und seiner Kampagne wendet, läßt jede Erwiderung auf diese Komödie als überflüssig erscheinen.

Wie die Frankfurter Zeitung aus Duisburg meldet, haben die Separatisten in verschiedenen Städten des besetzten Gebietes Plakate ange-schlagen, auf denen angeordnet wird, daß Jedermann einen der namentlich aufgeführten separatistischen Berufsverbänden (Rheinischen Gewerkschaftsbund, Rheinischen Landbund usw.) sich anschließen habe. Wer keinem dieser Verbände beitrete, werde ausgewiesen. Danach haben die Separatisten offenbar von der inter-alliierten Rheinlandskommission die Befugnis zu Ausweisungen erhalten.

Die Sonderbündler haben in Worms die rheinische Republik ausgerufen. Auf dem Kreis-ante weht die grün-weiß-rote Fahne.

Die Lage in Duisburg

ist unverändert. Die Separatisten versuchen mit allen Mitteln ihre Lage zu festigen. Im Auftrage der angeblichen Regierung hat Dr. Unter eine Bekanntmachung erlassen, worin der Handel aufgegeben wird, Notgeld anzunehmen, widrigenfalls wird Geldstrafe bis zu zwei Monaten und Geldstrafe bis 2000 Goldmark verhängt. Die Plünderungen nehmen ihren Fortgang. Von den Belgiern sind 20 Separatisten wegen Diebstahl und Plünderungen festgenommen worden. Das Büro des Erkennungs-dienstes der Kriminalpolizei ist börtlich zerstört. Ueber den „Oberbürgermeister“, Bürger-revisor Engel, wird bekannt daß Engel vor 12 Jahren aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hinausgeworfen wurde. Die Stadtver-waltung Duisburg hat ein Flugblatt an die Bevölkerung erlassen, worin es u. a. heißt: Die gesamte Verwaltung ist lahmgelegt. Die Folge sind Not, Elend, Plünderungen und Verwüstung. Gewissenlose Führer lassen durch land-fremde Elemente auf die wehrlose Bevölkerung schießen, zahlreiche Opfer fordern. Hierauf gibt es nur eine Antwort: Die gesamte Bürger-schaft muß sich gegen Engel und Konforten auf-lehnen und ihre Verordnungen unbeachtet lassen. Nur wenn die gesamte Bevölkerung einmütig diesen Standpunkt einnimmt, wird es möglich sein, daß die Stadtverwaltung zu ihrer Täu-tigkeit zurückgekehrt.

Aus Krefeld

meldet die „Abl. Ztg.“ Unter dem Druck be-waffneter Söldnertruppen der Sonderbündler stellen sich die unglaublichen Verhältnisse heraus, unter denen die Geschäftsleute und Ladenbe-sitzer schwer zu leiden haben, von denen sie unter Umständen zugrunde gerichtet werden. Trupps bewaffneter Sonderbündler geben sogar zu Requisitionen über, bei denen sie Kleidung, Schuhe usw. im Werte von Millionen gegen Hinterlegung wertloser Scheine mitnehmen. Auch Kohlentransporte für die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke wurden geplündert. Der da-durch entstandene Schaden wird auf 30 bis 40 Millionen Mark geschätzt. Ferner wird Vieh weggetrieben und auf dem städtischen Schlachthof abgeschlachtet.

Eine Faschistenrede Mussolinis.

(W) Gelegentlich der Feier des Jahresfestes der Faschisten aus Rom hielt Mussolini eine Rede, in der er einleitend darlegte, daß jetzt auch die Gegner des faschistischen Regimes zu geben, daß der Faschismus die Monarchie stärke das Prestige der Kirche vermehre, und die Achtung vor der Armee wieder aufrichtete. Wir haben auch, fuhr Mussolini fort, die Vertretung des Volkes respektiert. Wir haben keine Aus-nahmengesetze erlassen, aber wenn Freiheit herr-schen soll durch Aufhebung der nationalen Ar-beit, Verletzung des Rechtes, Väterung der Na-tion, des Vaterlandes, des Staates, so erkläre ich in meiner Eigenschaft als Ministerpräsident und Leiter der faschistischen Bewegung: Diese Freiheit wird es niemals geben (Stürmischer Beifall). Es erkläre ich weiter, daß alle Ge-gner des Kabinetts entschlossen sind, auch den härtesten Kampf zu kämpfen, um unsere Revo-lution zu verteidigen. Mussolini erklärte wel-ter, der Faschismus sei vom politischen Ge-sichtspunkte aus der interessanteste und bedeute-samste Versuch, den Italien seit 1860 erlebt. Zum ersten Male stehe Italien in völliger Un-abhängigkeit unter Ablehnung der Auslandigkeit des Völkerbundes, der eine Art Versicherung für die in die Höhe gekommenen Mächte sei. Mus-solini fragte dann: „Wenn morgen von uns schwere Opfer verlangt werden, wie ihr sie gestern gebracht habt, würdet ihr sie bringen? (Ja) Seid ihr bereit, die geforderte Disziplin zu be-wahren? Die Menge rief wiederholt: Ja! Mussolini schloß, das faschistische Regime werde entgegen den Behauptungen der falschen Führer der arbeitenden Klassen von langer Dauer sein, denn es sei nicht auf den Sieg einer Partei zurückzuführen, noch das Produkt einer Ka-binetskriege, sondern die Genesung der Nation. Es sei das Volk, das die Nation bilde, die Nation, die den Staat schaffe. Es sei der Staat, der in der Welt Ausdehnungsmöglich-keiten fuge.

Nachrichten aus dem besetzten Gebiet.

Vor dem französischen Militärpolizeige-richt hatte sich Donnerstag, der evangel. Pfarrer Seiler aus Essen unter der Auflage zu ver-antworten, antisemitische Propaganda betrie-ben zu haben. Das Gericht verurteilte den Pfarrer zu 1 Jahr Gefängnis und einer Geld-strafe von 1000 Goldmark. Ferner hatte sich vor demselben Gericht der Sohn des Pastors Gau aus Mittenheim wegen Besitzes eines Flugblattes zu verantworten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Goldmark.

Ein Heeresbefehl Trochis.

(W) In einem von Trochis erlassenen Heeresbefehl anlässlich der 6. Jahresfeier der Oktoberrevolution heißt es: Der Sowjetbund begehrt diesen Tag angeht großer Ereignisse in Europa. Mehr als je sind wir von dem Willen erfüllt, die Unabhängigkeit des Sowjet-gebietes zu wahren und für die Zukunft zu sichern. Unsere Sympathie ist auf Seiten der Werktätigen aller Länder, unsere Be-mühungen sind auf die Sicherung des Friedens gerichtet; die Wachsamkeit der Sowjetregierung wird nicht erlahmen, solange der Imperialismus räuberische Absichten hegt.

Kleine Nachrichten.

Der bayerische Gesandte Dr. von Preger hat dem B. A. zufolge nach seiner Rückkehr dem Reichskanzler die Auffassung der bayerischen Regierung über den Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche mitgeteilt.

Nach der B. Z. ist auf dem Berliner Markte eine Senkung der Kartoffel-preise um 20 bis 30 Prozent zu verzeichnen.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind seit dem 29. 10. 298 neue Züge ein-gestellt worden. Zahlreiche Strecken im Ruhrgebiet sind wieder in Betrieb gesetzt worden.

Der Papst hat eine Spende von 1/2 Millionen Lire nach Deutschland gesandt. Dabon wurden eine Million den Caritasver-bänden, 150 000 den Karabinieri von Köln und Breslau zugewiesen und der Rest an die übrigen Bischöfe und mehrere Wohlfahrtsunternehmungen verteilt.

Nach einer Meldung ist in der Nacht Dr. jur. Karl v. Kuhlmann, ein Bruder des Staatssekretärs des Auswärtigen, von einem Auto überfahren worden. Der Arzt konnte nur den Tod feststellen.

Donar Saw, der seit einigen Tagen an einer Lungenentzündung erkrankt war, ist ge-storben.

Das portugiesische Kabinett ist zurückge-treten, nachdem die Deputiertenkammer mit 43 gegen 42 Stimmen ein Misstrauensvotum an-genommen hat.

Deutschlands Brierverkehr mit dem Ausland.



**Ungerechtfertigte Bereicherung trotz
gutgläubigen Erwerbs verschobener
Waren.**

Die zu kurze Verzugsfrist.

Namen. (Knappschaffliches.) Die Termine für die Auszahlung der Krankengelder und Renten haben nachträglich eine Aenderung erfahren. Wir bringen daher die Tabelle noch einmal:

Zahlbezirk	Zahllokal	Anfang		Beginn der		Auszahlung	
		November	December	für Witwen und Mäulen	für Vergünsti- gung von Weichrenten		
Berglaimen I	Schürmann	2	2	Mär	2 1/2	Mär	
Berglaimen II	Kraft	3	3	"	2 1/2	"	
Deeren . .	Waaß	2	2	"	2 1/2	"	
Kaiserau . .	Schulz	3	2	"	2 1/2	"	
Kamen I . .	Eichermann	7	2 1/2	"	3	"	
Kamen II . .	Starke	8	2 1/2	"	3	"	
Kurl . . .	Länenbürger	8	2	"	2 1/2	"	
Lünern . .	Stollfuß	7	3	"	3 1/4	"	
Wetxler . .	Budde	5	2	"	2 1/2	"	
Niedermassen	Cromberg	5	2 1/2	"	3	"	
Obermassen	Widdendorf	6	2 1/2	"	3	"	
Hünthe . .	Haner	6	2 1/2	"	3	"	
Lina I . .	Wittler	6	2 1/2	"	3	"	
Lina II . .	Nowack	5	2 1/2	"	3	"	
Lina							
Wingeborn	Rehfuß	7	2	"	2 1/2	"	
Werne							
Wey. Wilm.	Schulz	7	2 1/2	"	3	"	

Wannem, 1. Nov. (Verfchiedenes.) Von der Preßstelle des Oberpräsidiums wird uns geschrieben: Die allgemeine Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel steht unmittelbar bevor. Die Kaufkraft der Papiermark ist bis zu einem verschwindenden Rest zerstört. Als zur Durchführung der neuen Währung, von der die Wiederherstellung einer zwar knapp bemessenen, aber doch immerhin zur Not ausreichenden Kaufkraft der Verbraucher erhofft wird, ist noch eine gefühlige Uebergangszeit zu überwinden. Um für diesen Zeitraum die Beschaffung der wichtigsten Nahrungsmittel, Kartoffeln und Milch, zu erleichtern — die Vorratsergorgung ist bereits für abschbare Zeit sichergestellt —, hat der Militärbezirkskommandant zunächst für die Provinz Westfalen zwei Anordnungen erlassen, die in diesen Tagen zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Die Anordnungen betreffen einmal, die erforderlichen Bedarfsmengen an die Verbraucher heranzubringen, des weiteren, die Preisbildung in einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten. Der Milchpreis ist auf 10 Goldpfennig als Stell festgesetzt worden. Er hält sich also unter dem durchschnittlichen Friedenssatz, der für weiteste Kreise der Bevölkerung unerschwinglich sein würde; er bleibt auch nicht unerheblich unter den Preisen, wie sie sich in anderen Provinzen und Ländern, auch in Teilen von Westfalen, bereits herausgebildet hatten. Wenn der Preis in wenigen Orten, wie z. B. in Münster, bisher sich noch niedriger stellte, so ist dazu zu bemerken, daß solche Preise bei der jetzigen Enzwickelung auch nicht mehr für Tage zu halten gewesen wären. Als Folge war schon eine empfindliche Knappheit in der Zufuhr eingetreten, in Münster ergielten Kinder von 2. bis 4. Lebensjahre keine Milch mehr. Nach reiflicher Ueberlegung aller Umstände erschieden ein Grundpreis von zehn Goldpfennig als angemessener Uebergangspreis für die nächste Zeit. Es darf nicht verkannt werden, daß die Landwirtschaft bei dem fast restlosen allgemeinen Uebergang zur Goldrechnung im Wirtschaftsleben bei diesen Preisen ein fühlbares Opfer bringt, das aber bei der tiefenhaften Not der weitesten Volkskreise gebracht werden muß. Auch die Festsetzung eines Höchstpreises für Kartoffeln, dem wichtigsten allgemeinen Volksnahrungsmittel, war nicht mehr zu umgehen, wurden doch schon Preise von 3 bis 6 Goldmark geboten und auch gefordert. Eine Preisbeschränkung war um so notwendiger, als die Beschaffung eines Wintervorraths die Aufbringung einer besonders großen Geldsumme auf einmal erforderte. Der Preis von 2 Goldmark bleibt jedoch unter dem durchschnittlichen Vorkriegspreis, mühte aber andererseits den Landwirthen keine unerschwinglichen Opfer zu. Die Bestimmungen der beiden Anordnungen sollen auch in den übrigen Teilen des Wehrkreises (Hannover, Oldenburg, Bremen, Braunschweig und Lippe) im wesentlichen eingeführt werden, damit ein erträglicher Ausgleich in einem größeren Wirtschaftsgebiete erzielt wird. Außerdem wird mit allen Mitteln versucht werden, Kartoffeln aus den übrigen Ueberflußgebieten nach dem Westen heranzuführen.

(Der Himmel im November.) Nachsel-
laß zu unseren Füßen. Regenspritzer in den
Feuern. Und wir ziehen uns frostförmig in
unsere Befahrung zurück. Der Bogen der
Sonne ist sehr klein geworden und verringert
sich noch, wenn auch jetzt langsamer, von Tag
zu Tag. Am 23. November, 9 Uhr vormit-
tags, tritt die Sonne in das Zeichen des
Schützen, die Sonne geht dann 1/8 Uhr auf,
um um 4 Uhr wieder zu verschwinden. Die
Mondzeiten sind: 1. Nov. zunehmender Mond.
23. November Vollmond. Hinsichtlich der
Planetenerscheinungen ist zu bemerken: Merkur
wird Anfang des Monats wieder unsichtbar.
Die Venus kann man Anfang des Monats
abends im Südwesten erblicken, Ende November
etwa 1/2 Stunde. Die Sichtbarkeitsdauer des
Mars beträgt Mitte November 2, Ende No-
vember 2 1/2 Stunden. Jupiter kommt am
22. des Monats in Konjunktion mit der Sonne
und bleibt daher unsichtbar. Saturn ist An-
fang November auf kurze Zeit morgens am
östlichen Himmel zu sehen; die Sichtbarkeits-
dauer nimmt bis nahezu 3 Stunden am Ende
des Monats rasch zu.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Mittwoch = 72 319 000 000. bis
27 681 000 000, das englische Pfund =
324 180 000 000—325 812 000 000, der holländ.
Gulden = 28 329 000 000—28 471 000 000, der
schweizerische Franken = 12 868 000 000 bis
12 932 000 000, der französische Franken =
4 236 900 000—4 291 000 000.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung (Ernährung, Bekleidung, Heizung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 29. Okt. auf das 13671-millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vormoche (3045-millionenfache) beträgt demnach 349 vom Hundert.

(Ein trauriges Zeichen der Marktentwertung.) Im Laufe dieser Woche werden 1-, 2-, 5- und 10-Billionen-Mark-Scheine zur Ausgabe gelangen. Es sei auch möglich, daß noch 100-Billionen-Mark-Scheine ausgegeben werden.

Angestelltenversicherung.

Mit Wirkung vom 22. Oktober 1923 an gelten folgende Gehalts- und Beitragssklassen:

Gehalts- klasse	monatliches Entgelt		Monatsbeitrag Mark
	von mehr als Mark	bis zu Mark	
44	—	50 Milliarden	1680 Millionen
45	50 Milliarden	70	2240
46	70	100	3160
47	100	150	4660
48	150	200	6520
49	200	250	8380
50	250	—	10240

Der Wettausdruck auf diesen Marken lautet nun über den hundertsten Teil des Verkaufspreises. Die bis zum 21. Oktober 1922 zum zehnten Teil des Verkaufspreises gelaufenen Marken dürfen ohne Nachzahlung verwendet werden.

Für Oktober werden Marken zum bisherigen Preise nicht mehr verkauft.

(Herabsetzung der Fahrpreise für Wochen- und Monatskarten.) Da die Personaltaxe am 1. November auf Goldbasis gestellt werden, Gehälter und Löhne aber nicht auf Goldmark aufgebaut sind, hat der Reichsverkehrsminister die Preise der Monatschiller, Monats-, Wochenkarten und Kurzarbeiter-Wochenkarten vorübergehend um 50% erniedrigt. Gleichzeitig wurden die Mindestpreise auf 4 RM, und zwar auf 10 Pfg. in der 4. Klasse, 15 Pfg. in der 3. Klasse, 45 Pfg. in der 2. Klasse, 90 Pfg. in der 1. Klasse herabgesetzt. Ferner wird ab 1. November als vorübergehende Maßnahme für Kurzarbeiter, die nur an einem Tage in der Woche arbeiten, einfache, für Ein- und Rückfahrt gültige Karten 4. Klasse mit dem Stempel „Rückfahrt“ ausgegeben gegen tarfmäßigen Ausschluss, daß nur ein halber Wochentag gearbeitet wird.

(Einschränkung des Butteraufkaufes.) Von gut unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Die sich täglich verschärfende Knappheit in den großen Bedarfskommunen läßt eine Einschränkung des Butteraufkaufs in den Erzeugergebieten unbedingt erforderlich erscheinen. Daher hat sich der Oberpräsident von Westfalen veranlaßt gesehen, die von ihm erteilten unbefranchten Butteraufkauf-Erlaubnisscheine am 1. November einer Beschränkung hinsichtlich der Ankaufstage zu unterwerfen. Inwieweit Erteilung eines Beschränkungsvermerkes sind die Erlaubnisscheine umgebend dem Oberpräsidenten einzureichen. Erlaubnisscheine, die den Beschränkungsvermerk nicht tragen, verlieren ab 1. November ihre Gültigkeit.

(Erwerbslojenfürsorge und Versicherungsbeiträge.) Die neben der eigentlichen Erwerbslojenunterstützung zu zahlenden Krankentassen- und Invalidenversicherungsbeiträge sind Erwerbslose können nur in der Höhe zurückerstattet werden, wie sie sich ergeben würden nach der Einreihung der eigentlichen Erwerbslojenunterstützung in die betreffende Versicherungsklasse der Krankentassen und anderer Versicherungsanstalten. Die Versicherungsbeiträge können somit aus Mitteln der Erwerbslojenfürsorge niemals in der Höhe erstattet werden, wie sich aus Einreihung des eigentlichen Arbeitsverdienstes in der betreffenden Versicherungsklasse ergeben würden. Falls Erwerbslose entsprechend ihrem Arbeitsverdienst in einer Versicherungsklasse angemeldet sind, sind Ummeldungen nach der Klasse vorzunehmen, die der Höhe der eigentlichen Erwerbslojenunterstützung entspricht.

(Sterbengemeinschaft der evangelischen Gemeinde.) Am Sonntag, den 4. November, von 9—12 Uhr im Gemeindehause Erhebung der Beiträge: für den Gemeinnutz 100 Millionen, für die Ehefrau 50 Millionen. Die Sterbeshilfe wird mit Wirkung vom 1. November ab auf 10 Milliarden erhöht. Mündliche Bezahlung im Hebelein in dringend erforderlich. Von den säumigen Mitgliedern wird der Betrag mit 10 Prozent Aufschlag durch Boten eingezogen.

Hemer, 31. Okt. Gleich gründlich be-
sucht wurde, es erzählt der „Nat. Vot.“
ein Landwirt aus der Gemeinde Besse, dem
man nachts aus der Kornseune Getreide in
solcher Menge stahl, daß zum Abtransport
dafür die Diebe vorjorglich gleich Pferd und
Wagen mitgebracht haben, was aus den hinter-
lassenen Spuren deutlich zu erkennen war.
Vorhandene Rot ist hier gewiß nicht die
Triebsfeder zum Diebstahl gewesen, vielmehr der
Dang, aus den bestehenden Verhältnissen für
sich auf die bequemste Weise „materielle Vor-
teile“ zu ziehen.

Aplerbeck, 31. Okt. Das Opfer eines Unfalles wurde der Kraftwagenführer B. Müller von hier. Er hatte seinen Wagen in Gang gesetzt und wollte denselben nach dem Aufstehen befeigen. Dabei geriet sein Arm zwischen den Wagen und eine Mauer. Die Muskeln und Sehnen wurden zerrissen und mußte M. sich in ärztliche Behandlung begeben. Zu der an und für sich nicht lebensgefährlichen Verletzung trat jedoch Blutvergiftung, die das Leben des erst seit wenigen Wochen verheirateten rüstigen Mannes forderte.

Näherung über die Herkunft der Hunde näher
gestellt.

Gefsenbüsch, 29. Okt. (Der Dieb unter'm Bett.) Ein in der König-Wilhelm-Straße wohnender Landwirt hörte abends gegen 9 Uhr in seiner Wohnung ein verdächtiges Geräusch. Er sah nach und fand im Mädchenzimmer unter dem Bett einen Dieb, der bereits drei Wästel und vier Kleider zum Mitnehmen zurecht gelegt bzw. zusammengeknüpft hatte. Der unheimliche Gast wurde von dem Landwirt festgehalten und der Polizei übergeben. Hier gab der Dieb an, er sei betrunken gewesen und müsse sich in der Wohnung getrunn haben. Die Absicht zum Stehlen habe er nicht gehabt.

! Herne, 26. Dti. (In den Tod gestürzt.) Bei den städtischen Neubauten in der Poststraße stürzte der 19jährige Klempnerlehrling Friedrich Alkenweih vom Dach herab: der Sturz war so schwer, daß der Unglückliche auf der Stelle starb. An derselben Stelle war vor einiger Zeit der Maurer Blasas abgestürzt, ohne Verletzungen davonzutragen.

Langenholthausen, 22. Oktober. (Durch einen Stoß getödtet.) Der Bewohner eines Nachbardorfes wollte beim Holzhause einen sessigenden Siedlen vom Holzhause nehmen. Dieser brach plötzlich ab und versetzte dem Manne einen solch heftigen Stoß vor den Leib, daß, wie in der Operation festgestellt wurde, ein Darm platzte und der bebauernswerte Mann im Alter von 50 Jahren unter entsetzlichen Qualen kurz darauf starb.

! Haglinghausen, 26. Okt. (Ein Pferd durch Elektricität getödtet.) Dem Fuhrwerksbesitzer Wesper von hier wurde ein Pferd durch elektrischen Strom getödtet. Das Pferd trat im Stall auf einen am Boden liegenden Leitungsdraht, so daß es durch den Schlag sofort umfiel und abgeschlachtet werden mußte.

Vielefeld, 27. Okt. (Der Magistrat für Solböhne.) Der Magistrat hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Frage der Berechnung der Löhne auf Goldmarkgrundlage befaßt und folgenden Beschluß gefaßt: „Die Vorlage weiterer Schichten der Beodlerung erkennend, hat der Magistrat beschlossen, zunächst dabingehend zu wirken, daß mit größter Beschleunigung die Löhne, Gehälter, Unterstüzungen und Renten nach Goldmark gewährt werden, da mindestens $\frac{1}{4}$ aller Bedürfnisse in Gold berechnet und bezahlt werden müssen.“ Der Magistrat ist im Sinne dieses Beschlusses bei den zuständigen Stellen vorstellig geworden. **Siegen, 27. Okt. (In der Verweisung.)** Vor einigen Tagen versuchte in der Glübersbach ein Familienvater sich und seine drei Kinder durch Erhängen ums Leben zu bringen. Ein Kind war bereits dem Tode nahe, als die abwesende Mutter heimkehrte und die entsetzliche That verhindern konnte. Das Kind konnte noch gerettet werden. Nährungsorgen hatten den Mann zu dem gräßlichen Entschlusse getrieben.

Mühlthausen, 29. Okt. Im Schlafe überfallen und mit einem Beil am Kopfe schwer verletzt wurde von seiner Ehefrau der Bergmann Kaplan. Frau L., die leidend ist und bereits über vier Jahre in der Anstalt zu Warstein war, mußte in Schutzhaft genommen werden. Der Ehemann kam ins Eideler Krankenhaus.

Elberfeld, 28. Okt. (Der Paletot als Siedebrief.) In einem Konfektionsgeschäft in der Kaiserstraße in Elberfeld ist ein Einbruch verübt worden. Das kann vorkommen. Aber was nicht so leicht vorkommt: der Epizbube hat sich keinen neuen Paletot gestohlen — sondern lediglich den alten umgeaust und zurückgelassen. Nun hängt der Paletot im Fenster und ein Schild daran: „Wer kennt den Eigentümer?“ Wer ihn kennt und fassen will, kann sich als Belohnung einen Anzug abholen — also die Sache ist immerhin der Mühe wert! Der Epizbube aber dürfte wohl doch höchst peinlich überrascht sein, wenn er zufällig an dem Schaufenster vorbeikommt sollte! Und sicher nimmt er sich vor: das nächste Mal nicht so entgegenkommend zu sein und Erfolg für die verpasste Belle zurückzulassen!

Elberfeld, 31. Okt. (Volksrecht.) Auf
Bahnhof Steinbeck wurde der Rangierer Boll-
mer zwischen zwei Puffern so schwer gequetscht,
daß er bald starb.

7. Duisburg, 27. Okt. Ein Großfeuer entstand in den frühen Morgenstunden in dem Lebensmittellager der Firma Wonnann und Menneburg an der Schifferstraße. Bei Ankunft der Feuerwehr hatte das Feuer bereits einen großen Umfang angenommen. Es mußten im ganzen 10 Eßsackje in Tätigkeit treten. Schließlich gelang es der Feuerwehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Klebe, 27. Okt. Die Goldlohnfrage hat die große Schuhfabrik Gustav Hoffmann in Klebe laut „Kleber Kreisblatt“ in folgender Weise praktisch gelöst: Für die Arbeitnehmer ist ein Vorschuß in Höhe eines ungefähren Wochenlohnes festgesetzt worden, und zwar in Goldmark, ausbezahlt in Form eines Sparlassenbuchs, in dem die nach Altersklassen gestaffelten Goldlöhne eingetragen werden. Gegen diesen Vorschuß können die Arbeiter der Firma zu Friedenspreisen — ohne Kleinbändlerbesitz — Lebensmittel entnehmen, wie Erbsen, Margarine, Kaffee, holländ. Schmalz.

Wandmueln, Weizenmehl, Hertinge, Reis, Grieß, mehl und, wie noch geplant ist, Fleisch, Brot, Milch und alle zum Haushalt gehörigen Waren: Salz, Essig, Del usw. Die Waren werden bei Entnahme nicht in Bargeld bezahlt, sondern in dem Spartaßtenbuch von dem Goldvorschuß abgezogen. Die Firma ist nun auch in der angenehmen Lage, nicht mehr alle paar Tage um Papiermarkberge zwecks Auszahlung der Löhne herlaufen zu müssen. Der Flever Schuhwarenfabrikantenverband will ein ähnliches Verfahren, allerdings mit Goldbons, einführen, aber in Verbindung mit dem Kleinhandel.

Krefeld, 31. Okt. (Die Hauptkache.) Bei der Besetzung des Rathhauses in Krefeld durch die Separatisten am 27. Oktober wurden von ihnen am Nachmittag 41 Billionen und am Abend 81 Billionen Mark entwendet.

Die Rentenmark.

Von Wg. Dr. Crone-Münzbrod,
M. d. R. W. R., M. d. pr. A.

Die Folgen des Währungsverfalls gebieten endlich ein Handeln. Alle Devisenverordnungen und dergleichen versagen, bezu. nützen nur dem Schieber. Die breite Masse ist dem Markverfall hilflos ausgeliefert. Das Geld schwindet innerhalb von Stunden in den Händen. Als Wertmaßstab hat die Papiermark längst ihre Eigenschaft verloren, als Zahlungsmittel verfaßt sie ebenfalls.

Um diesem Elend ein Ende zu machen, haben die deutschen Wirtschaftsverbände bereits vor Wochen beschlossen, ein neues Zahlungsmittel zu schaffen, für das die gesamte deutsche Wirtschaft mit einer einheitlichen Goldhypothek die Grundlage bildet.

Der gesamte deutsche Grundbesitz, Industrie, Handel, Banken, Transportwesen z. h. mit einer Goldhypothek in der Höhe von 4% des Wertbetragswertes für diese Rentenbank. Für die Hypothek haben sie 6% Zinsen jährlich an die Rentenbank zu zahlen. Auf dieser Unterlage werden 24 Milliarden mit 5% in Gold zu verzinsende Rentenbriefe herausgegeben. Diese Rentenbriefe dienen als Garantie für die Ausgabe der Geldscheine. Die Geldscheine (Rentenmark) kommen in den Verkehr und können jederzeit gegen die oben genannten mit 5% im Goldwert zu verzinsenden Rentenbriefe umgetauscht werden. Die Rentenmark sind also jederzeit einlösbar und haben außerdem die größtmögliche Sicherheit.

Das Vertrauen zu den Rentenmarken wird auch dadurch gefördert, daß die Rentenbank insoweit ist von Reich und Staat und sich Aufsichtsrat und Verwaltungsrat lediglich aus Vertretern der Wirtschaft zusammensetzen. Beide Organe bestehen zur Hälfte aus Vertretern der Landwirtschaft, die auch die Hälfte der Belastung trägt und zur anderen Hälfte aus Vertretern von Industrie, Handel, Banken z. z. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates und Präsidenten des Verwaltungsrates wurde der frühere Reichsfinanzminister Erzellenz Renze gewählt. Der Verwaltungsrat besteht aus 14, der Aufsichtsrat aus 44 Mitgliedern. Von der Vereinigung der deutschen Bauernvereine gehören dem Aufsichtsrat an: Nittergutsbesitzer Freiherr von Kerkerin zur Borg, M. d. R. W. R., Hans Borg bei Nienrode, Staatsrat Weichaupt, M. d. R. W. R., M. d. bad. L., Hüllendorf, Gutsbesitzer Stamerjohann, Eigendorf bei Horst in Holstein, Geh. Landesrat Dr. Heim, Regensburg, Wg. Dr. Crone-Münzbrod.

Geh. Rat Dr. Heim und Dr. Crone-Münzbrod sind gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsrates. Für die Landwirtschaft ist Reichstagsabgeordneter Dr. Köfide stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates, während Geh. Rat Dietrich und Dr. Crone-M. als stellvertretende Präsidenten des Verwaltungsrates fungieren. Der Verwaltungsrat soll in der Rentenbank die Aufgabe eines Direktors erfüllen. Die offizielle Gründung ist am 20. Oktober erfolgt. Die Rentenmark wird Anfang November in den Verkehr kommen. Bis dahin soll eine größere Menge Goldanleihe in kleinen Stücken als wertbeständiges Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht werden.

Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine bittet die deutsche Landwirtschaft, dieser neuen Rentenbank das größte Vertrauen entgegenzubringen. In wirtschaftlicher Beziehung ist die Rentenbank mit den größten Sicherheiten ausgestattet. Bei einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft handelt es sich aber nicht nur um wirtschaftliche Fragen, sondern auch um Vertrauen, und dieses Vertrauen muß die deutsche Landwirtschaft im eigenen Interesse auch dieser neuen Gründung entgegenbringen.

Die Prägung der Rentenpfennige.

(W) Mit der Prägung der Münzen für das Rentenmark ist bereits begonnen worden. Es werden geprägt 1, 2, 5, 10 u. 50 Rentenpfennige. Im übrigen sind alle Vorbereitungen getroffen, damit die Notenbank ihre praktische Tätigkeit demnächst aufnehmen kann. Insbesondere schreitet auch der Druck der Rentenmarkscheine, die durch Goldrentenbriefe völlig gedeckt sein müssen vorwärts. Die Rentenmark wird bis zur Ablösung durch die Goldmark das geeignete wertbeständige Zahlungsmittel des Verkehrs sein. Die Rentenmark ist, darüber sind sich Regierung und Wirtschaft einig, ein Zwischengeld bis zur Schaffung der Goldmark, mit der die Rentenmark eingelöst werden wird. Die Arbeiten der Goldnotenbank werden mit großer Beschleunigung durchgeführt.

Freitag sind die ersten Zwischenteile der Goldanleihe über 1/4, 1/2 und 1/10 Dollar lautend, in den Verkehr gebracht worden. Mit der Herstellung der endgültigen Stücke wird begonnen und mit den Rentenmarkscheinen, sowie den Goldanleihestücken von 1, 2 und 5 Dollar fortgesetzt. Der Gesamtbetrag, der zur Auszahlung gelangenden Goldanleihe darf, einschließlich der Zwischenteile insgesamt den durch Reichsgesetz bestimmten Höchstbetrag von 500 Millionen Goldmark nicht übersteigen.

Lohnzahlungen in wertbeständigem Geld.

Der Reichsarbeitsminister ist der Ansicht, daß die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel auch den Arbeitern und Angestellten zugute kommen muß. Mit dem Erscheinen der wertbeständigen Zahlungsmittel im Verkehr müssen selbstverständlich auch Löhne und Gehälter auf die neuen Zahlungsmittel umgestellt werden. Diese Umgestaltung wird mit einem Teile des Lohnes beginnen und entsprechend der Zunahme der wertbeständigen Zahlungsmittel möglichst schnell auf die ganzen Löhne erstreckt werden müssen. Zu einer Rückfrage über die zur Umgestaltung erforderlichen Schritte hat der Reichsarbeitsminister die Spitzen der Gewerkschaften eingeladen.

Wertbeständiges Geld in Bremen.

Der bremische Staat hat die erforderlichen Maßnahmen zur sofortigen Auf-

nahme von wertbeständigen im Laufsmitteln getroffen, um dem Bedarf an wertbeständigem Geld nachzukommen. Von ausländischer Seite wird erklärt, eine Herausgabe von wertbeständigem Geld durch industrielle Werke im bremischen Staat erlaube sich dabei und würde zu Unzulänglichkeiten führen. Die neuen bremischen Umlaufsmittel haben die Währung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Grundlage.

Die Ernährungslage im Landtagsausschuß.

Der Hauptausschuß des preussischen Landtages beriet eingehend die Ernährungslage. Landwirtschaftsminister Dr. Wendt bezeichnete zunächst den Ernteausfall im allgemeinen als gut. Die Ernte sei aber verspätet eingebracht, und unter der Einwirkung der Entwertung des Geldes seien die augenblicklichen Ernährungsschwierigkeiten entstanden. Weniger gut sei die Kartoffelernte. Sie würde auf 20 Millionen Tonnen geschätzt, wovon 8 Millionen für die Ernährung bestimmt seien. Mit der Fettversorgung sei es schlecht bestellt. Besonders der Schmalz und Margarine müßten aus dem Ausland bezogen werden. Der Fleischverbrauch sei im Durchschnitt auf die Hälfte des Friedensstandes gesunken. Der Viehbestand sei noch nicht wieder auf den alten Höhepunkt gestiegen. In diesem Winter zu erheblichen Preissteigerungen zu erwarten. Abg. Weisinger (Z.) gab einen erschütternden Bericht über die Lage im Ruhrgebiet und sagte, die Landwirtschaft müsse Lebensmittel schicken.

Amerikanisches Getreide für Deutschland.

(W) Aus Washington wird gemeldet: Eine Gruppe von Getreidehändlern unterbreitete dem Präsidenten Coolidge einen Plan über den Verkauf von 50 Millionen Bushels Weizen an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenbauern einen Verdienst zu schaffen und andererseits Deutschland in seinen Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Die Getreidehändler bekräftigten, daß der Kauf dieser 50 Millionen Bushels durch Wechsel geschieht, die von der Kriegs- und Finanzkommission ausgestellt werden sollen. Deutschland werde eine Zahlungsfrist von zwei Jahren und mehr eingeräumt. Dem Vorhaben nach bringt Präsident Coolidge dem Plane warmes Interesse entgegen.

Eine Reparationsdenkschrift.

(W) Das Völkerbundsekretariat veröffentlichte eine ausführliche Denkschrift über die Gesamtlage von ca. 40 Staaten, mit einer besonderen Abhandlung über die deutsche Reparationsverpflichtung und die bereits von Deutschland ausgeführten Zahlungen, auf Grund der Aufstellung der Reparationskommission. Die Denkschrift umfaßt 3 Bände einer auf Grund der Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz ausgearbeiteten Veröffentlichungsfolge. Eine Mitteilung des Völkerbundsekretariats begründet die Veröffentlichung damit, daß diese Frage gegenwärtig Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit ist.

Das Urteil gegen die Kühriner Putschisten.

Das außerordentliche Kriegsgericht in Kottbus verurteilte wegen des Kühriner Putschversuches den Major a. D. Buchdrucker zu 10 Jahren Festungshaft und 100 Milliarden Geldstrafe. Alle übrigen Angeklagten wurden wegen Weig. e und Mäßigung verurteilt und zwar der Major a. D. Herzer zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, der Oberleutnant Peter Wotz zu 6 Monaten Gefängnis, der Kaufmann Heim zu 8 Monaten Gefängnis, der Zahnarzt Herbert Fliege zu 5 Monaten Gefängnis, der Kandidat der Chemie Gerhard Reichel zu 5 Monaten Gefängnis, ferner der Oberleutnant Georg Walter Stobbe, Oberleutnant zur See Franz und der Kaufmann Wajinski zu je 3 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Landwirt Klöhn, Landwirt Burckhardt wurden freigesprochen. Gegen Buchdrucker und Herzer wurde der bestehende Haftbefehl aufrecht erhalten, die übrigen Angeklagten wurden auf freien Fuß gesetzt.

Codesurteil gegen Hamburger Aufrührer.

Das Hamburger außerordentliche Gericht zur Aburteilung der kommunistischen Aufrührer hat den Angeklagten Thorell wegen Hochverrats und Aufrebes zum Tode und wegen versuchten Totschlages und anderer Vergehen zu 6 Jahren Zuchthaus, 5 weitere Angeklagte wegen Landfriedensbruch und Plünderungen zu Freiheitsstrafen verurteilt, davon einen zu 1 Jahr Zuchthaus, die übrigen zu 2 Monaten bis 1 Jahr Gefängnis. Es handelt sich im allgemeinen um Leute von 20 Jahren, auch befindet sich unter ihnen ein 16jähriger Beteiligter, der zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er sich der Polizei widersetzte und die Menge zum Widerstand aufgehetzt hat. Die Zahl der toten Polizeibeamten hat sich auf 14 erhöht. In die Krankenhäuser sind bis jetzt 75 Tote eingeliefert. Die Zahl der Toten und Verwundeten bei den Kommunisten konnte noch nicht genau festgestellt werden, weil der Sanitätsdienst der Kommunisten die Toten und Verletzten selbst weggeschafft hat.

Plünderungen in Krefeld.

(W) Die „Köln. Ztg.“ berichtet aus Krefeld, daß die als Geiseln verhafteten, dann aber wieder freigelassenen Damen, Frau und Tochter des Oberbürgermeisters, nach St. Lönis gebracht wurden. Die Behandlung war sehr schlecht. Die Wohnung des Oberbürgermeisters ist zum Teil ausgeplündert. Das Silberzeug ist verschwunden. Daß die Sonderbündler vor ihren eigenen Dingen auf der Hut sein müssen, zeigt die Tatsache, daß mehrere Büroräume durch Posten bewacht werden, weil schon eine

Reihe von Sachen verschwunden waren. Die Feuerwache auf dem Westwall wurde durch ein Nebenhaus genommen. Die Sonderbündler traten am zweiten Tage mit Karabinern, Infanteriegewehren und Handgranaten auf. Ihre Drohung, sie würden mit Minenwerfern vorgehen, ist nicht wahr gemacht worden. Bürger, die sich am Montag beim Austausch der Banden mit Gummiknüppeln bewaffnet hatten, wurden von den Sonderbündlern verhaftet. Uebrigens haben die Geiseln erklärt, sie wollten den Sonderbündlern die Karabiner und Gewehre abnehmen, was aber bis Donnerstag früh nicht geschehen war. Der Kaufmann Böse aus Düsseldorf, der Polizeikommissar Kraus aus Krefeld, der auch den Mäusen der Sonderbündler unterzeichnet hat und ein gewisser Weiß, sind die Führer der Sonderbündler.

Weitere Nachrichten.

Das neue wertbeständige Geld hat gestern in Berlin eine gute Aufnahme gefunden. Von Warenkäufern und den großen Einzelhandelsgeschäften ist das neue Geld allgemein als vorzügliches Zahlungsmittel angenommen. Auch die Restaurants und Kaffees werden die neuen Scheine in Zahlung nehmen.

Die Gültigkeit der Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten läuft am 31. Oktober ab, sodaß eine Verlängerung der Geltungsdauer erforderlich geworden ist. Die Reichsregierung hat diese Verlängerung bis einschließlich Sonnabend, den 17. November, beschloßen. Bis dahin ist mit einer Verschiebung des vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit, das die Demobilisierungsverordnungen ersetzen soll, zu rechnen, da der Reichsrat voraussichtlich wieder am 6. November zusammentritt.

Kleine Nachrichten.

(W) Am Sonntag verlangten bewaffnete Sonderbündler an der Grenze des Brückenkopfes Duisburg bei der Wache der 77. Infanteriedivision den freien Durchgang in Richtung Wilhelmshafen. Der wachhabende Offizier lehnte das Ersuchen ab. Darauf zogen sich die Sonderbündler nach Duisburg zurück.

Wie die „Köln. Ztg.“ aus Herdingen berichtet, drang ein Sturmtropfen der Sonderbündler in das dortige Rathaus ein, wo nur eine kleine Wache weckte. Er besetzte das Rathaus und entwarf die Abzüge der Polizeimannschaften in deren Wohnung. Der ehemalige Reichskanzler Cuno ist auf dem Dampfer „Albert Ballin“ aus den Vereinigten Staaten wieder in Hamburg eingetroffen.

Das niederländische Ministerium des Innern hat wegen Ablehnung des Flottengesetzes durch die zweite Kammer seine Demission eingereicht. Die Königin hat das Ersuchen in Erwägung gezogen und die Minister gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Der Schah von Persien hat den bisherigen Kriegsminister zum Premierminister ernannt. Es verlautet auch, daß der Schah aus Gesundheitsrücksichten sich nach Europa begeben will. Während seiner Abwesenheit wird der Kronprinz die Regierungsgeschäfte führen. Wegen der Versuche, die Pfalz von Bayern loszulösen, wird, wie die Blätter hören, Anklage wegen Landesverrats erhoben werden, auf den nach der bayerischen Verfassung vom 11. Mai 1923 der Verlust der öffentlichen Ämter, sowie Todesstrafe steht.

In Braunschweig wurden durch die Polizei 13 Angehörige des jugenddeutschen Ordens eingenommen, die sich Abhaltung einer militärischen Übung versammelt hatten. Die Festgenommenen waren im Besitz von Totschlägern, Gummiknüppeln und Dolchen, welche beschlagnahmt wurden. Die gesamten Verhafteten wurden dem Amtsgericht zugeführt.

Der Bruder der englischen Königin Carl Alphon, ist zum Generalgouverneur von Süd-Afrika ernannt worden.

Am 4. November tritt in Paris der internationale Kongress der Liga für Menschenrechte zusammen. Auch Deutsch-

land wird vertreten sein.

(Eingefandt.)

Zur Winternot-Sammlung.

Die Mitten in Not! Es geht der Ruf aus dem neuen durch alle Städte. Ein Sammelwerk man deshalb schuf zum Liebesunterpfande.

Awar kamen der Spenden schon viele an, Naturalien und Geld. Doch alles erst recht helfen kann in Stücken und Manjarden.

Wenn jedermann die Not erkennt, Der unsern Volkes größten Helfer hat ratlos gegenüber stehen, Nicht finden können ihren Helfer.

Wohl sind wir mehr und minder alle Vom deutschen Unglück hart betroffen; Doch Bürgerstimm in diesem Falle Läßt uns auf gute Hilfe hoffen.

Nun laßt Erbarmen widerfahren Den alten Leuten unserer Stadt. Ein jeder bringe seine Gaben, Der Arbeit hat und dabei satt!

Konzert, Theater zc.

Kamen, 1. Nov. (Die fromme Helene.) Den ersten Besuchern von Kamen und Umgebung zur Nacht, daß am Sonntag, den 4. November, im Saale des Wirts Starke (Westentor) die Großhändler-„Promenade“ von der Theatergesellschaft „Promenade“ aufgeführt wird. Diese reizende Operette wurde 8 mal bei ausverkauftem Saale in Kamen aufgeführt. Was nie, so bezaubert die werten Besucher, ist eine so herrliche Operette gegeben worden, als „Die fromme Helene“. Die Bühnendekoration, geleitet vom Bühnenmaler Herrn Morawski, die schönen Känge, einstudiert vom Herrn Tangeler Wälder aus Kamen und die vollständige Orchesterleitung Dirigent Herr Lehrer Viele aus Weich, alles wird dazu beitragen, die Besucher voll und ganz aufziehen zu lassen. Nummerierte Karten werden von Freitag an beim Wirt Starke abgegeben. Alles Weitere in der Freitagnummer der Kamenener Zeitung.

Wirtschafts-Zahlen.

1 Goldmark (Mittelkurs, 31. 10.)	17 261 904 000
Goldanleihe (31. 10.)	72 500 000 000
Silber-Ankaufspreis (ab 27. 10.)	7 000 000 000
Goldmarkkurs	
der Landabgabe (17. — 19. 10.)	1 080 000 000
Dollar-Mittelkurs	72 500 000 000
Goldzollausgleich (20. — 23. 10.)	93 599 999 000
Reichsteuern-Umrechnungssatz (31. Okt.) 1 Goldmark	17 000 000 000
Reichsbankzinsfuß	10%
Großhandelsziffer (30. 10.)	18 700 000 000
Lebenshaltungsziffer (29. 10.)	13 671 000 000
Personenverkehrsziffer (ab 29. 10.)	6 000 000 000
Güterverkehrsziffer (ab 29. 10.)	12 000 000 000
Arzneitage u. für Waren (ab 19. 10.)	150 000 000
besetztes Gebiet	202 500 000
für Arbeitsvergütung	30 000 000
Buchhändler-Schlüsselzahl (ab 26. 10.)	16 900 000 000
Lohnmehrsatz für Reichsarbeiter für Beamten	10 000 000
Postkartengebühr (ab 1. 11.)	2 031 000
Briefgebühr (ab 1. 11.)	40 000 000
	100 000 000

Mindestsätze zur Grundmiete.

Die Mindestsätze betragen ab 1. November 1923 nach Anhörung der Spitzenverbände der Mieter- und Vermieterkreise

für Zinsensteigerungen	100%
für Verwaltungskosten	1 110 000 000%
für laufende Instandsetzungsarbeiten	7 400 000 000%

Sierzu kommt für gewerbliche Räume ein Zuschlag zu den Verwaltungskosten von 277 500 000% laufende Instandsetzungsarbeiten von 1 850 000 000%

Veröffentlicht

Gamm i. W., den 26. Oktober 1923.

3045 Der Landrat.

Anzeigen in der Kamen

Zeitung

haben stets Erfolg

Möbelkauf auf Abzahlung

Ist wieder möglich. Biete zu billigen Festmarkpreisen u. günstigen Zahlungsbedingungen

Einzelmöbel

in grosser Auswahl, zum Zusammenstellen von Küchen und Schlafzimmern, sowie auch komplette Wohn- und Schlafzimmer an.

Lagerhaus ohne Kaufzwang gern gestattet.

Heinr. Bühlhoff,

Kamen, Kampstrasse Nr. 21,

Möbelgeschäft und Tischlerei,

Fernruf 289. 3043 Oegr. 1888.

Guter Nebenverdienst!

Zuverlässiger

Zeitungs-

bote

für den Bezirk Kottum,

gegen gute Bezahlung

gesucht.

Meldungen in der Ge-

schäftsstelle der

Kamener Zeitung,

Weststraße Nr. 10.

Gesucht Bahnhofstraße, Markt

oder Weststraße ein geräumiges

Ladenlokal

bei evtl. guter Abfindung für

den jetzigen Mieter.

Angebote unter M. 3000

an die Geschäftsstelle der Ka-

menener Zeitung.

Jeder Radfahrer

benutzt die

Continental-

Straßenkarte

Vorrätig in der

Buchhandlung der

Kamener Zeitung,

Weststraße 10.